

Der Preis der Bildung

An Schulen und Hochschulen darf man angeblich nicht sparen. Warum eigentlich nicht?

Er hatte es gewagt, Hessens scheidender Ministerpräsident Roland Koch, und das Undenkbare ausgesprochen: Beim Sparen dürfe auch die Bildung nicht verschont werden, sagte der Christdemokrat – und erntete dafür wütenden Widerspruch, selbst von seinen Parteifreunden in der Bundesregierung.

Bei Bildung und Forschung werde es keine Abstriche geben, antwortete Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Einsparungen auf diesen Feldern sind falsch“, assistierte Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Unter Artenschutz steht ein Ausgabenposten, der ebenso groß wie unklar umrissen ist. 120 Milliarden Euro lässt sich Deutschland Bildung und Forschung kosten, verteilt auf diverse Haushalte. Die Politik hat sich vorgenommen, bis 2015 die Ausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Je teurer, desto besser? Es werde zu selten aufs Ergebnis von Bildungsinvestitionen geschaut, beklagt Bildungsökonom Ludger Wößmann: „Wenn nichts dabei herauskommt, wäre unseren Kindern mehr damit gedient, dass sie später weniger Schulden zurückzahlen müssen.“

Was im Bildungssystem etwas kostet und was nicht, hängt von historisch gewachsenen Pfründen ab und vom politischen Willen der Regierenden.

So will etwa das völlig überschuldete Bundesland Schleswig-Holstein in seiner Not das Medizinstudium an der Universität Lübeck streichen. Gleichzeitig verzichtet das Land aber auf Studiengebühren, wie sie andere Bundesländer erheben und die Hochschulen gut gebrauchen könnten.

Im benachbarten Hamburg sind es die Schulen, die teure zusätzliche Lehrstellen erhalten. Im Juli will der schwarz-grüne Senat den Volksentscheid über die umstrittene Schulreform gewinnen und wirbt mit kleine-

ren Klassen – dabei wird die Schülerzahl ohnehin weiter sinken.

Konsequent ist das alles nicht. Zwar werden an Kindergärten, Schulen und Hochschulen keine Milliarden verschwendet, doch es mangelt an Effizienz. Studien belegen: Je früher ein Kind gefördert wird, desto höher ist die Bildungsrendite, also der gesamtgesellschaftliche Nutzen. Deshalb lohnt es sich etwa eher, Krippenplätze



Studenten in Bochum

ZELCK/LAIF

für Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen zu schaffen als Studienplätze zu subventionieren.

Deutschland häuft aber das Geld auf die Spitze der Bildungspyramide. Es profitieren die, die es mitunter gar nicht nötig haben: Familien aus Mittel- und Oberschicht, deren Kinder acht Jahre kostenlos aufs Gymnasium gehen, um später in den meisten Bundesländern gebührenfrei zu studieren.

Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln plädiert dafür, auf das Zehn-Prozent-Ziel zu verzichten und lieber zugunsten gezielter Investitionen „an anderer Stelle im Budget“ zu sparen. Zum Beispiel beim geplanten Betreuungsgeld. Eltern sollen es erhalten, wenn sie ihre Kleinkinder zu Hause erziehen und dort womöglich von Bildungsanreizen fernhalten.

Von Anfang an verpfuschte Bildungskarrieren ziehen hohe Folgekosten nach sich, etwa im sogenannten Übergangssystem nach der Schule. In der Warteschleife aus Qualifizierungs- und Förderkursen hängen Hunderttausende Jugendliche, Bund und Länder kostet das jedes Jahr zweieinhalb Milliarden Euro.

Die notwendigen Korrekturen verhindert die föderalistische Bildungsbürokratie. Der Bund habe leider mit der Föderalismusreform im Jahr 2006 „seine Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben“, kritisiert Bildungsökonom Dieter Dohmen.

Anstatt mäßigend zu wirken, legt die Bundesregierung selbst teure Initiativen vor. Zuletzt das nationale Stipendienprogramm, das besonders gute Studenten fördern soll – die stammen indes häufig aus begüterten Familien und erzielen später eher hohe Einkommen.

An den größten Anteil in einem ehrlich gerechneten Bildungsbudget wagt sich derzeit ohnehin kaum jemand: die Beamtenpensionen. Zwar spart der Staat zunächst die Sozialabgaben, die er für angestellte Lehrer zu entrichten hätte. „Bezieht man die Versorgungsphase mit ein, verursacht der Beamte in nahezu allen Fällen mehr Kosten als der Beschäftigte“, heißt es in einem Bericht des Rechnungshofs Baden-Württemberg. So kostet eine 40-jährige Beamtin im höheren Dienst insgesamt 86 000 Euro mehr als eine Angestellte in vergleichbarer Funktion. Rund 2,5 Milliarden Euro pro Jahr ließen sich laut dem Institut der deutschen Wirtschaft allein dadurch einsparen, dass die „Senioritätskomponente“ für Lehrer eingefroren würde, also die automatische Gehaltserhöhung nach Dienstalter.

Doch dazu müssten sich die Bundesländer abstimmen. Praxis ist jedoch: Wer fiskalisch richtig handelt, muss büßen, etwa das Land Berlin. Seit dem Schuljahr 2004/2005 verbeamtet die chronisch klamme Hauptstadt ihre Lehrer nicht mehr. Die wandern nun in Scharen in andere Bundesländer ab. Diese werben mit dem privilegierten Beamtenstatus – auf Kosten kommender Generationen.

JAN FRIEDMANN, MARKUS VERBEET